

Sächsisch-Preussische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 4000 Mark. Einzelne Nummern 100 Mark.
Verantwortlicher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2488.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenblatt 400 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 800 R., unter Eingangsfrist 1000 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahl-Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassen, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 63

Donnerstag, 15. März

1923

Französisch-belgische Diffamierung.

Paris, 14. März.
Die französische Regierung ist sehr schweigsam über die Konferenz in Brüssel. Die belgische Regierung scheint dagegen Wert darauf zu legen, die ganze Welt und besonders die französischen Bundesgenossen über ihre Anschauung zu unterrichten. Auch in den Mittagsblättern sind neue Bemerkungen über die belgischen Absichten enthalten. Diese Bemerkungen sind zum Teil sehr interessant. Ein belgischer Minister hat erklärt, daß Frankreich und Belgien die besten Freunde seien, aber über die Reparationspolitik verschiedene Meinungen haben könnten. Belgien lege den größten Wert auf die Haltung der Entente Cordiale und werde es nie vergessen, daß England in den Krieg getreten sei, weil die Neutralität Belgiens durch Deutschland verletzt wurde. Die belgische Regierung habe es deshalb für selbstverständlich gehalten, daß der neue Zahlungsplan gemeinsam mit den Engländern und Italienern besprochen werde. Als eine brauchbare Grundlage betrachtete Belgien den Plan Barthou's, der am 21. Januar der Reparationskommission vorgelegt wurde. Belgien sei gegen die Verteilung der deutschen Zahlungen über 20 oder 30 Jahre und glaube, daß nach einer Neuordnung der Reparationsverpflichtungen die ganze Schuld durch internationale Anleihen in fünf Jahren abgetragen werden könne. Man wünsche in Brüssel sehr lebhaft, daß Deutschland Vorschläge mache und der Berichterstatter der „Information“ hat auch den Eindruck, daß Belgien zu Zugeständnissen bereit sein könnte, aber vorläufig stehen noch ihm noch starke Zweifel darüber, daß der Kaiser zum der geeigneten Mann zu Verhandlungen sein würde. Diese belgischen Offenheiten lassen deutlich erkennen, daß in Brüssel Theunis die Führung der Verhandlungen gehabt hat.

Die Unzufriedenheit der französischen Presse vertrat sich dagegen immer mehr. Philippe Millet, der aus Brüssel zurückgekehrt ist, überschreibt seinen Kommentar im „Paris-Midi“ mit dem bezeichnenden Titel „Ungezügelter Antimilitarismus“ und beklagt, daß man zu viel geredet habe, aber nicht über Politik. Die Aufforderung an Deutschland, nun doch endlich nachzugeben und Verhandlungen einzuleiten, wird beinahe in beschwörender Form ausgedrückt. „Weshalb wendet sich die deutsche Regierung nicht direkt an Frankreich und Belgien, da sie doch keinen Vermittler findet?“ schreibt die „Information“. „Der Weg ist immer offen für Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Nur Lügner finden verschlossene Türen.“

Son England haben wir nichts zu erwarten.

London, 14. März.
Im Unterhause erklärte der National-Liberal Fisher, die Fragen der Reparationen und der Sicherheit Frankreichs könnten nur durch eine internationale Konferenz geregelt werden, an der Amerika teilnehmen müsse. Kitchin betonte: Alles, was Poincaré erst im vergangenen Sommer auf der Londoner Konferenz gesagt habe, sei über Bord geworfen worden. Die gesamte Operation sei riesig ausgedehnt worden. Es scheint wirklich kein Grund zu bestehen, weshalb die Franzosen nicht nach München und möglicherweise auch nach Berlin gehen sollten. Die Kredite nach Reparation und Sicherheit. Beide Ziele seien gerechtfertigt, vorausgesetzt, daß die dabei benötigten Mittel durch den Vertrag von Versailles sanktioniert würden, und außerdem, daß sie wirksam seien.

Amerika drängt.

Paris, 14. März.
Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird Hughes, der gestern lange mit der amerikanischen Antwort auf das alliierte Angebot zur Regelung der amerikanischen Besatzungskosten beschäftigt war, bestimmt darauf bestehen, daß die Zahlungen in weniger als zwölf Jahren erfolgen.

Gegen den Ruhrwahnsinn.

Lloyd George.

Zu seinem gestern in der D. A. Z. veröffentlichten Artikel „Frankreichs Gefahr im Ruhrgebiet“ schreibt Lloyd George die Tage im Ruhrgebiet in sehr düsteren Farben. Frankreich sei in eine Sackgasse geraten, aus der die leitenden Männer keinen Ausweg sähen:

Heute ist in Frankreich die Schwierigkeit die, daß jeder für die Regierungsbildung in Betracht kommende Führer das Ruhrunternehmen mißbilligt und von seinem endgültigen Heftschlag abzurückelt. Auf der anderen Seite ist kein hervorragender politischer Führer in Frankreich bereit, das Obium des Signals zum Rückzug auf sich zu nehmen. Man würde jetzt sagen, daß der Erfolg sicher gewesen sei, und daß ohne die Freigabe und Verkleidung des neuen Ministers Frankreich aus allen seinen finanziellen Schwierigkeiten triumphierend hervorgegangen wäre. Kein französischer Staatsmann riskiert diese tödliche Beschuldigung. So ist die gegenwärtige französische Regierung an den Sattel ihres Schicksals gebunden und gezwungen, vorwärts zu gehen. — Eine weitere Festsetzung für die Schwierigkeit eines Rückzuges liefert die wachsende Rute der ursprünglichen Anführer des abenteuerlichen. Je ergebnisloser das Unternehmen, um so größer die Energie, mit der sie die Regierung in ihre Torheit weiter hineintrieben.

Sehr scharf wendet sich Lloyd George gegen Poincaré, dem er vorwirft, daß er selber eigentlich nicht wisse, was er von Deutschland wolle:

Ich habe das blaue Buch sorgfältig studiert. Ich bemühte mich, zu entdecken, was Herr Poincaré eigentlich von Deutschland als Bedingung seiner Unterwerfung unter den Willen Frankreichs zu fordern gedachte. Was sollte Deutschland tun, um den tödlichen Schlag zu vermeiden. Ich habe seine Reden und Darlegungen vergeblich nach einer Auseinandersetzung über diese Bedingungen durchforscht. Wenn man hätte niemals danach gefragt. Das klingt ungläublich. Aber jeder Teilnehmer war so eifrig dabei, die Konferenz abzuwehren, um unangenehmen Gegenständen ein Ende zu machen, daß es offenbar niemand in den Sinn kam, diese wichtige Frage zu stellen. Die am meisten interessierte Partei war nicht vertreten. Das Ergebnis ist, daß niemand die Bedingungen kennt, unter denen die französische Armee das Ruhrgebiet räumen will. Herr Donat Davu wußte nichts zu erwidern, als man ihn im Unterhaus danach fragte. Dies wunderte mich nicht, denn niemand hat es ihm gesagt und er hat niemals danach gefragt. Ich bin sicher, daß Herr Poincaré jetzt gar nicht mehr weiß, weshalb er ins Ruhrgebiet einbrach. Aus diesem und aus anderen Gründen wird er dort bleiben, bis irgend etwas geschieht, das eine Lösung bietet.

Mitti.

Der frühere italienische Ministerpräsident Mititi, der selbst an den Friedensverhandlungen in Versailles teilnahm und seit längerer Zeit in Wädern und Zeitungsartikeln den Wahnsinn der in Kraft befindlichen Forderungen bekämpft, wendet sich in seinem neuesten Artikel, der im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ist, gegen den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet. Mititi erklärte:

Die Männer, die in Frankreich den unter französischer Führung stehenden Vertrag von Versailles vorbereiteten, steckten sich zwei bestimmte Ziele, die aus allen vorbereitenden Akten und aus der ganzen Ausführung.

Diese zwei Ziele sind sehr einfach und klar: Zerstörung des ganzen böllig deutschen linken Rheinufers von Deutschland, um es Frankreich anzugliedern, oder um im Zollverein mit Frankreich und unter politischer französischer Kontrolle den sogenannten autonomen rheinischen Staat zu begründen; sodann das Monopol der gesamten kontinentalen Röhrenindustrie und folglich der militärischen und industriellen Hegemonie mittels Abtrennung der reichsten Kohlenregionen von Deutschland und der Ruhrkontrolle.

In Frankreich leugnet man, daß man die W-

sicht hatte oder hat, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Aber man braucht nicht erst hinter die diplomatischen Kulissen geschaut zu haben, um zu wissen, daß über diesen Punkt der französischen Politik kein Zweifel möglich ist.

Die Besetzung der Ruhr bezweckt nicht, Deutschland zu irgendeiner Reparationssumme zu zwingen, sondern bedeutet vielmehr Verzicht auf die Reparationen und Zwang auf die großen Ruhrindustriellen, zu kapitulieren und Frankreichs Kontrolle anzunehmen. Jedwede lange Ruhrbesetzung hat keinen anderen Zweck, als die von der Röhrenindustrie abhängigen deutschen Industrien der einzigen Kontrolle Frankreichs zu unterstellen.

Wenn die französische Röhrenindustrie ihr Programm durchsetze und Deutschland sich einer modernen Böhmen bisher unbekanntem Sklaverei unterwerfe — welche Lage ergäbe sich daraus? In welche Lage würde ein Eisen- und Kohlenmonopol auf dem Kontinent Italien und die übrigen Kontinentalstaaten, die weder Kohle noch Eisen haben, versetzen?

Italien würde unter dieselbe Kontrolle kommen und die militärische Aktion würde logischerweise der industriellen folgen.

Die Zerrörung des europäischen Gleichgewichtes.

Rom, 14. März.

Auch in den der italienischen Regierung nahestehenden Kreisen rufen die Ereignisse im Ruhrgebiet heftigen Befremden hervor. Heute wendet sich der bekannte Abgeordnete Belloni in einem scharfen Leitartikel der „Gazzetta di Popolo“ gegen den von „Echo de Paris“ mitgeteilten Plan direkter französisch-deutscher Verhandlungen zur Revision oder vielmehr Verschärfung des Versailler Vertrages, unter Ausschaltung Englands und Italiens. Gewiß, sagt Belloni, werde früher oder später, und zwar vermutlich eher, früher, die französische Gewaltpolitik zu Verhandlungen führen müssen, aber diese könnten nur in einer diplomatischen Aussprache sämtlicher am Versailler Vertrag beteiligten Mächte bestehen. Französischen Sonderverhandlungen siehe Italien ablehnend gegenüber. Wollte Frankreich von der Mitarbeit Englands und Italiens absehen, so müßte es wenigstens auf die Zustimmung Deutschlands zählen können. Aber dies sei angesichts des französischen Schreckensregimes völlig ausgeschlossen, zumal in Amerika, England und Italien die Empörung über die französische Aktion tagtäglich wachse und Deutschlands Widerstand steile. Deutschland werde also niemals mit seinem Todfeinde einen neuen Versailler Vertrag abschließen, der hundertmal fürchterlicher wäre und das deutsche Volk für ewig an Sklavenketten schmiedete würde.

Sollte aber auch, was ganz ungläublich sei, Deutschland den Vati seiner Ernüchterung unterzeichnen, so sollte doch Frankreich bedenken, daß weder England noch Italien die Unterzeichnung Deutschlands, also Europas unter die französische Politik und die Zerrörung des europäischen Gleichgewichtes angeben könnten.

Etwas anderes sei es, wenn Frankreich und Belgien die Notwendigkeit ihrer Sicherheit hervorheben. Aber dies Interesse, welches auch das Interesse Englands und Italiens sei, lasse sich auf andere Weise schützen. „Giornale d'Italia“ sagt über die Vorgänge im Ruhrgebiet: „Dies sind die Methoden der Moskauer Tscheka, aber nicht eines Heeres und eines zivilisierten Landes.“

Es ist unzweifelhaft, Leute zu erschrecken, ohne sie vorher vor Gericht zu stellen und ihnen das Recht der Verteidigung einzunehmen.

Das französische Kommando wollte offenbar ein Exempel statuieren oder aber die französischen Truppen seien ein Opfer großer Reue.

Ruhrbesetzung und Wirtschaftsleben der Schweiz.

Bern, 14. März.

Der Vorsteher des politischen Departements Bundesrat Kottia erklärte in der gestrigen Sitzung des Bundesrats Bericht über die sehr zahlreichen Schritte, die bereits wegen der Rückwirkung der Ruhrbesetzung auf das schweizerische Wirtschaftsleben bei den in Frage kommenden Parteien unternommen wurden. Auf Antrag Kottias wurden die verschiedenen Departements eingeladen, dem politischen Departement alles Material zur Verfügung zu stellen, das für weitere Schritte in dieser Angelegenheit dienlich sein kann.

Neuer Geldraub.

Düsseldorf, 14. März.

Die Franzosen brangen heute vormittag in das Düsseldorf'sche Regierungsgebäude ein und beschlagnahmten einen Geldbetrag von 830 000 R. Es bestätigte sich, daß die Wegnahme des Geldes erfolgt ist, weil die Franzosen die über Reimig vor der Brücke verhängte Geldbusse dort nicht einzutreiben vermochte.

Beschließung eines Zuges.

Geisenkirchen, 14. März.

Der fahrplanmäßige Güterzug Wanne-Bottrop wurde heute früh kurz vor der Kohlenbrücke bei Bottrop durch Signale von den dort stehenden französischen Wachtposten zum Stillen angehalten. Trotz starken Bremsens gelang es dem Lokomotivführer nicht, den in Fahrt befindlichen Zug noch vor der Brücke zum Stehen zu bringen. Die Spitze des Zuges rutschte noch einige Meter über die Brücke. Sofort eröffneten die Franzosen Schnellfeuer auf die Maschine und verwundeten den Heizer durch zwei Brustschüsse lebensgefährlich. Nach der Untersuchung der Lokomotive und des Pufferwagens konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen. Der schwerverwundete Heizer wurde in das Altenheim Krankenhaus gebracht.

Der Kohlsraub beginnt.

Paris, 14. März.

Sobald berichtet aus Düsseldorf: Gestern seien die französischen Behörden zum ersten Mal auf einer Grube zur unmittelbaren Beschlagnahme von Kohls geschritten. Ingenieure der Mission Goffe hätten sich vormittags auf der fiktiven Grube Westerkamp eingestellt, gleichzeitig mit ihnen 50 Arbeiter und ein Bataillon Infanterie. Es sei dann sofort unter Tage wie auch auf der Grube gehörigen Kohlerei den ganzen Vormittag weitergearbeitet worden. Erst am Nachmittag sei die Arbeit eingestellt worden. Die mitgebrachten Arbeiter hätten gestern ohne Schwierigkeiten etwa 350 Tonnen Kohle verladen und heute vormittag das vierfache davon. Heute gebe man einen Zug von 40 Waggons mit diesem Kohls nach Frankreich zu befördern. Den letzten am Vormittag eingegangenen Nachrichten zufolge dauere der Streik in der Grube und auf der Kohlerei Westerkamp an. Die deutschen Arbeiter hätten erklärt, sie würden die Kohlsöfen erlöten lassen.

(Die Meldung zeigt, welche ungeheuren Schwierigkeiten die Franzosen und Belgier zu überwinden haben, um eine lächerlich geringe Menge von Kohlen und Kohls zu bekommen. Es geht aus ihr aber auch hervor, daß die Gegner überall, wo sie einzutreten versuchen, auf den geschlossenen Abwehrwillen der gesamten Arbeiterchaft stoßen.)

Zwei neue Morde.

Münch, 14. März.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß am Montag nachmittag die Hauptleute Krause und Wood von zwei Offizieren und zwei Soldaten im Hofe des Lyceums erschossen worden sind. Mehrere Zeugen haben aus einer Entfernung von 15 Metern zugehört. Durch eine Verordnung des beschuldigten Generals in Murn war am letzten Freitag eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr für diejenigen Hauptleute in Aussicht gestellt.